FDP

FREIHEIT.
VERANTWORTUNG.
HEIMAT.

LIBERALES BÜRGERPROGRAMM

GESCHRIEBEN VON:
MAXIMILIAN DIETHELM KRÜGER

MITGLIED, FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

LV BADEN-WÜRTTEMBERG
RV STUTTGART
KV ESSLINGEN AM NECKAR
OV NÜRTINGEN



KEIN OFFIZIELLES
GRUNDSATZPROGRAMM DER FDP

PRÄAMBEL

Ich glaube an die Freiheit des Einzelnen, an die Verantwortung des Bürgers und an einen Staat, der seine Stärke daraus gewinnt, dass er seinen Bürgern vertraut.

Der Mensch ist für mich kein Objekt staatlicher Fürsorge. Er ist ein mündiges Individuum, das grundsätzlich selbst entscheiden können soll, wie es sein Leben führt. Der Staat hat die Aufgabe, Freiheit zu schützen, Recht und Ordnung zu gewährleisten, Chancen zu ermöglichen und dort Verantwortung zu übernehmen, wo der Einzelne oder die Gesellschaft sie nicht allein tragen können.

**Aber der Staat darf nicht versuchen,
das Leben seiner Bürger zu planen.**

Er ist kein Babysitter. Er kann Sicherheit schaffen, Bildung ermöglichen, soziale Härten abfedern und faire Rahmenbedingungen herstellen. Für das eigene Leben, die eigene Karriere, den persönlichen Erfolg und das eigene Glück bleibt jedoch grundsätzlich jeder Mensch selbst verantwortlich.

Ich glaube an Eigenverantwortung und Solidarität. Beides widerspricht sich nicht. Eine freie Gesellschaft lässt niemanden in einer existenziellen Notlage allein – aber sie darf aus Hilfe keine dauerhafte Abhängigkeit machen.

PRÄAMBEL

Ich glaube an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, an Meinungsfreiheit und offenen politischen Streit. Eine demokratische Gesellschaft muss Widerspruch aushalten können. Gleichzeitig muss sie wehrhaft sein, wenn Menschen versuchen, ihre Freiheit mit Gewalt abzuschaffen.

Ich glaube an Deutschland und Europa. An Heimat und Weltoffenheit. An wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung. An Fortschritt und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. An Diplomatie und eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit.

Mein Liberalismus ist deshalb weder ein Rückzug des Staates aus jeder Verantwortung noch ein grenzenloses Vertrauen in staatliche Steuerung.

Er ist der Versuch, die richtige Grenze zu finden:

So viel Freiheit wie möglich.
So viel Staat wie nötig.

I. FREIHEIT & LIBERALISMUS

Freiheit ist kein Geschenk des Staates.
Freiheit ist der Ausgangspunkt meiner Politik.

Der Staat soll Lebensentwürfe nicht vorschreiben.
Er soll Menschen nicht erklären, wie sie zu leben,
zu denken oder ihr persönliches Glück zu suchen haben.
Solange ein Mensch die Freiheit und Rechte anderer respektiert,
sollte er sein Leben grundsätzlich selbst bestimmen können.
Was ein Mensch denkt, glaubt, liebt, trägt oder wie er sein Leben gestaltet, ist zunächst seine eigene Angelegenheit.

Ich vertraue dem Bürger mehr als dem Staat.

Dieses Vertrauen bedeutet Verantwortung. Freiheit und Eigenverantwortung gehören untrennbar zusammen.
Wer frei entscheiden darf, muss auch bereit sein, die Folgen seiner Entscheidungen zu tragen. Der Staat kann Chancen ermöglichen. Er kann Hindernisse beseitigen. Er kann Menschen in schwierigen Situationen unterstützen. Aber er kann niemandem das eigene Leben abnehmen. Freiheit bedeutet außerdem, Widerspruch auszuhalten. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass jede Meinung richtig oder sympathisch sein muss. Sie bedeutet, dass Menschen auch unbequeme, provokante oder unpopuläre Ansichten äußern dürfen.
Eine freie Gesellschaft lebt nicht von Einigkeit,
sondern von der Möglichkeit, friedlich uneinig zu sein.
Liberalität darf dabei nicht mit Wehrlosigkeit verwechselt werden.

I. FREIHEIT & LIBERALISMUS

Wo aus politischer Überzeugung Gewalt, Zwang oder die systematische Beseitigung der Freiheit anderer wird, muss der Staat handeln. Wer die Freiheit nutzen möchte, um anderen ihre Freiheit zu nehmen, kann sich nicht auf Liberalität berufen.

Deshalb brauchen wir mehr Mut zur Liberalität: Mut zum selbstbestimmten Leben, Mut zum offenen Wort, Mut zum politischen Streit und Mut, anderen Menschen Freiheit zuzugestehen, auch wenn wir ihre Entscheidungen oder Überzeugungen nicht teilen.

Liberalismus bedeutet für mich, dass der Staat begründen muss, warum er die Freiheit des Bürgers einschränkt.

Mein Grundsatz

So viel Freiheit wie möglich.
So viel Staat wie nötig.

II. DEMOKRATIE & RECHTSSTAAT

**Freiheit braucht einen starken Rechtsstaat.
Demokratie bedeutet für mich mehr als Wahlen.**

Sie bedeutet, dass politische Macht vom Bürger ausgeht, dass sie begrenzt ist und dass niemand über dem Gesetz steht. Der Staat gehört nicht der Regierung. Er gehört nicht den Parteien. Der Staat gehört seinen Bürgern.

**Deshalb braucht Demokratie starke Institutionen, transparente Entscheidungen und eine unabhängige Justiz. Macht muss kontrolliert werden können – auch dann, wenn sie demokratisch legitimiert wurde. Eine Mehrheit darf nicht alles tun, nur weil sie eine Mehrheit ist.
Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen gerade dann, wenn er einer Mehrheit gegenübersteht. Grundrechte dürfen nicht zur politischen Verhandlungsmasse werden. Sie begrenzen staatliche Macht und bilden die Grundlage einer freien Gesellschaft. Ich glaube an den demokratischen Streit. Politische Gegner sind keine Feinde. Eine Demokratie muss unterschiedliche Meinungen, Lebensentwürfe und politische Überzeugungen aushalten können.**

Wer Widerspruch grundsätzlich als Angriff begreift, gefährdet die politische Kultur.

II. DEMOKRATIE & RECHTSSTAAT

Gleichzeitig darf Demokratie nicht naiv sein.

Eine freiheitliche Demokratie muss sich gegen diejenigen verteidigen können, die ihre Ordnung mit Gewalt beseitigen, Grundrechte abschaffen oder den Rechtsstaat zerstören wollen.

Diese Wehrhaftigkeit darf jedoch nicht dazu führen, dass der Staat selbst seine Prinzipien aufgibt.

Der Staat muss Extremismus bekämpfen, ohne selbst zum Instrument politischer Willkür zu werden. Eingriffe, Verbote und Überwachung brauchen eine klare gesetzliche Grundlage, Verhältnismäßigkeit und wirksame Kontrolle.

Mein Grundsatz

Keine Freiheit ohne Rechtsstaat.
Keine Demokratie ohne Freiheit.
Keine Macht ohne Kontrolle.

III. PATRIOTISMUS & HEIMAT

Freiheit braucht Heimat.
Patriotismus bedeutet für mich Verbundenheit.

Mit einem Land, seiner Geschichte, seiner Kultur und den Menschen, die in ihm leben.
Er bedeutet die Bereitschaft, Verantwortung für die eigene Heimat zu übernehmen und an ihrer Zukunft mitzuwirken.
Ich halte Patriotismus und Liberalismus nicht für Gegensätze. Im Gegenteil: Wer Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung ernst nimmt, darf auch stolz auf die Gesellschaft sein, in der diese Werte verwirklicht werden.
Mein Patriotismus ist dabei kein Nationalismus.
Ich muss andere Länder nicht abwerten, um mein eigenes zu schätzen. Ich muss andere Kulturen nicht ablehnen, um meine eigene zu bewahren. Und ich muss nicht behaupten, dass mein Land besser ist als andere, um mich mit ihm verbunden zu fühlen.

Patriotismus bedeutet für mich nicht:
„Mein Land über alles.“
Er bedeutet:
„Mein Land ist mir nicht egal.“

III. PATRIOTISMUS & HEIMAT

Heimat ist mehr als ein geografischer Ort. Heimat ist Erinnerung, Sprache, Kultur, Geschichte und das Gefühl, irgendwo dazuzugehören.

**In einer globalisierten Welt sollten wir dieses Bedürfnis nach Zugehörigkeit nicht denjenigen überlassen,
die daraus Abgrenzung machen.
Eine freie und offene Gesellschaft darf Heimat lieben.
Sie darf ihre Geschichte kennen – mit ihren großen Errungenschaften ebenso wie mit ihren dunklen Kapiteln.
Patriotismus bedeutet nicht, die Vergangenheit zu verklären.
Er bedeutet, aus ihr Verantwortung für die Zukunft abzuleiten.**

**Wer neu in unser Land kommt, soll Teil dieser Gesellschaft werden können. Zugehörigkeit darf nicht ausschließlich von Abstammung abhängen. Entscheidend ist die Bereitschaft, unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zu akzeptieren und Verantwortung für das gemeinsame Land zu übernehmen.
Deutschland kann gleichzeitig selbstbewusst, frei, weltoffen und patriotisch sein.**

Mein Grundsatz

**Ich muss andere nicht kleiner machen,
um auf meine Heimat stolz zu sein.**

IV. BÜRGER & STAAT

**Der Staat ist für den Bürger da – nicht der Bürger für den Staat.
Der Staat hat Verantwortung.**

**Aber er hat nicht die Verantwortung für alles.
Ein liberaler Staat muss seinen Bürgern Sicherheit,
Rechtsstaatlichkeit und faire Chancen garantieren.
Er muss dort helfen, wo Menschen ohne Unterstützung
tatsächlich nicht in der Lage sind,
ihre grundlegenden Rechte und ihre Würde zu wahren.
Doch aus dieser Verantwortung darf kein Anspruch entstehen,
dass der Staat dem Bürger jede Schwierigkeit abnimmt.**

**Der Staat ist kein Babysitter.
Er soll Voraussetzungen schaffen,
in denen Menschen ihr Leben selbst gestalten können.
Was der Bürger daraus macht,
liegt grundsätzlich in seiner eigenen Verantwortung.
Für das eigene Leben, die eigene Karriere, den persönlichen
Erfolg und letztlich auch für das eigene Glück kann der Staat
keine Verantwortung übernehmen.**

**Er kann Chancen ermöglichen.
Nutzen muss sie der Bürger selbst.**

IV. BÜRGER & STAAT

Das bedeutet auch, dass Scheitern Teil einer freien Gesellschaft sein darf. Menschen dürfen Fehler machen, Risiken eingehen und auch einmal scheitern, ohne dass daraus sofort staatliche Bevormundung entstehen muss.

Ein liberaler Staat sollte Menschen die Möglichkeit geben, wieder aufzustehen, statt ihnen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Sozialstaatliche Verantwortung und Eigenverantwortung stehen deshalb nicht im Widerspruch.
Ein solidarischer Staat lässt niemanden völlig fallen. Gleichzeitig darf Solidarität nicht dazu führen, dass Eigenverantwortung ausgehöhlt oder Leistung entwertet wird.
Ich will einen Staat, der hilft, wenn Hilfe notwendig ist; schützt, wenn Schutz notwendig ist; eingreift, wenn Eingreifen notwendig ist – und sich zurückzieht, wenn der Bürger selbst entscheiden kann.

Dazu gehört eine Verwaltung, die dem Bürger dient.
Der Staat darf nicht durch unnötige Bürokratie zum Hindernis werden. Wer ein Unternehmen gründen, eine Wohnung anmelden, einen Antrag stellen oder eine Idee verwirklichen möchte, sollte nicht das Gefühl bekommen, gegen seinen eigenen Staat arbeiten zu müssen.

Mein Grundsatz

Der Staat garantiert die Grundlage.
Der Bürger gestaltet sein Leben.

V. WIRTSCHAFT, ARBEIT & LEISTUNG

Leistung muss sich lohnen.
Eine freie Gesellschaft braucht eine freie Wirtschaft.

Wer Menschen zutraut, ihr eigenes Leben zu gestalten,
muss ihnen auch zutrauen,
wirtschaftliche Entscheidungen selbst zu treffen.
Ich glaube an Eigentum, Unternehmertum und Wettbewerb.

Menschen sollen die Möglichkeit haben, ein Unternehmen zu gründen, eine Idee zu verwirklichen, Vermögen aufzubauen und durch eigene Leistung aufzusteigen.
Der Staat soll nicht der bessere Unternehmer sein.
Seine Aufgabe ist es, faire Regeln zu schaffen, Wettbewerb zu schützen, Eigentum zu garantieren und dort einzugreifen,
wo Marktversagen, Monopole oder Missbrauch die Freiheit anderer gefährden. Er soll den Rahmen setzen –
nicht jeden wirtschaftlichen Vorgang steuern.
Arbeit ist mehr als eine Möglichkeit, Einkommen zu erzielen.
Sie bedeutet Selbstständigkeit, persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe.
Deshalb muss sich Leistung lohnen.
Wer mehr leistet, mehr Verantwortung übernimmt oder ein höheres wirtschaftliches Risiko trägt,
darf dafür auch mehr verdienen.
Gleichheit bedeutet für mich nicht,
dass am Ende alle dasselbe besitzen müssen.

V. WIRTSCHAFT, ARBEIT & LEISTUNG

Gerechtigkeit bedeutet vor allem faire Chancen und gleiche Regeln. Gleichzeitig darf eine liberale Gesellschaft diejenigen nicht vergessen, die aus eigener Kraft zeitweise nicht zurechtkommen.

Ein funktionierender Sozialstaat muss dann ein Sicherheitsnetz bieten. Dieses Sicherheitsnetz darf jedoch kein dauerhaftes Sprungbrett in staatliche Abhängigkeit werden. Sozialpolitik sollte Menschen möglichst wieder in die Lage versetzen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen.
Ich will keinen Staat, der Armut verwaltet, sondern einen Staat, der Aufstieg ermöglicht.
Dazu gehören gute Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, weniger unnötige Bürokratie, ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und bessere Bedingungen für Gründer und Unternehmen.
Wohlstand entsteht nicht dadurch, dass der Staat ihn verteilt. Wohlstand entsteht dort, wo Menschen etwas schaffen können.

Mein Grundsatz

Eigentum braucht Freiheit.
Leistung braucht Anerkennung.
Unternehmertum braucht Vertrauen.
Soziale Sicherheit braucht Eigenverantwortung.

VI. BILDUNG, WISSENSCHAFT & AUFSTIEG

Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit.
Bildung ist keine reine Wirtschaftsinvestition.

Sie ist eine Voraussetzung für persönliche Freiheit,
gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Selbstbestimmung.
Ein Bürger kann nur dann wirklich frei entscheiden,
wenn er die Möglichkeit hatte, Wissen zu erwerben,
kritisch zu denken und sich ein eigenes Urteil zu bilden.
Deshalb muss Bildung unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten zugänglich sein.
Dabei geht es nicht darum,
jedem Menschen denselben Weg vorzuschreiben.

Nicht jeder muss studieren.
Eine Gesellschaft braucht Wissenschaftler ebenso wie Handwerker, Unternehmer, Pflegekräfte, Techniker, Künstler und Facharbeiter.
Wir sollten nicht fragen, welcher Bildungsweg der prestigeträchtigste ist,
sondern welcher Weg zum Menschen passt.
Ich will eine Bildungspolitik, die Begabungen fördert,
Leistung anerkennt und Aufstieg ermöglicht.
Herkunft darf nicht darüber entscheiden,
welche Möglichkeiten einem Menschen offenstehen.

VI. BILDUNG, WISSENSCHAFT & AUFSTIEG

**Gleichzeitig gehört zur Bildung auch Eigenverantwortung.
Der Staat kann Schulen, Universitäten und Ausbildungsplätze bereitstellen. Lernen, sich weiterzuentwickeln und die eigenen Möglichkeiten zu nutzen, bleibt Aufgabe des Einzelnen.**

**Wissenschaft braucht Freiheit.
Forschung darf nicht danach beurteilt werden,
ob ihre Ergebnisse politisch bequem sind. Eine offene Gesellschaft muss auch unbequeme Fragen stellen und kontroverse Erkenntnisse aushalten können.
Universitäten müssen Orte des freien Denkens bleiben.
Eine Demokratie braucht Bürger, die ihre Rechte kennen, politische Zusammenhänge verstehen und bereit sind, sich eine eigene Meinung zu bilden.
Ich will deshalb keine Gesellschaft, in der Menschen nur auswendig gelerntes Wissen wiedergeben können.
Ich will Menschen, die selbst denken können.**

Mein Grundsatz

**Bildung schafft Möglichkeiten.
Wissenschaft schafft Erkenntnis.
Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit,
daraus etwas zu machen.**

VII. GESELLSCHAFT, TOLERANZ & ZUSAMMENLEBEN

Freiheit bedeutet, anders sein zu dürfen.

**Eine freie Gesellschaft lebt davon,
dass Menschen unterschiedlich sind.
Sie denken unterschiedlich, glauben unterschiedlich,
lieben unterschiedlich und führen unterschiedliche Leben.
Für mich ist das kein Problem, das der Staat lösen muss.**

**Es ist eine Stärke einer freien Gesellschaft.
Ich will einen Staat, der seinen Bürgern nicht vorschreibt,
wie sie zu leben haben,
solange sie die Rechte und die Freiheit anderer respektieren.
Persönliche Lebensentwürfe sind grundsätzlich Privatsache.
Toleranz bedeutet dabei nicht, jede Meinung gutzuheißen.**

**Toleranz bedeutet, das Recht des anderen auf eine eigene
Meinung und ein selbstbestimmtes Leben anzuerkennen –
auch dann, wenn ich seine Überzeugungen nicht teile.
Eine offene Gesellschaft muss deshalb Widerspruch aushalten.
Nicht jede unbequeme Aussage ist automatisch eine Gefahr für
die Demokratie.**

VII. GESELLSCHAFT, TOLERANZ & ZUSAMMENLEBEN

Gleichzeitig hat Freiheit Grenzen.
Wo aus Worten konkrete Gewalt, Einschüchterung, Zwang oder die systematische Beseitigung der Freiheit anderer wird, muss der Staat handeln.

Auch Extremismus darf nicht mit politischer Beliebigkeit beantwortet werden. Eine liberale Gesellschaft muss sich gegen diejenigen verteidigen können, die ihre Freiheit abschaffen wollen.

Dabei gilt für mich derselbe Maßstab unabhängig von der politischen Richtung: Extremismus bleibt Extremismus.

Integration bedeutet für mich nicht die Aufgabe der eigenen Identität. Wer Teil unserer Gesellschaft werden möchte, soll seine persönliche Herkunft, Kultur und Tradition bewahren können. Gleichzeitig braucht Zusammenleben gemeinsame Regeln und gemeinsame Werte.

Diese Grundlage ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Mein Grundsatz

Wir müssen nicht alle gleich sein.
Wir müssen nur bereit sein, einander die Freiheit zu lassen, verschieden zu sein.

VIII. AUSSENPOLITIK, EUROPA & INTERNATIONALE ORDNUNG

Frieden durch Freiheit und Diplomatie.
Außenpolitik beginnt für mich mit einer einfachen Erkenntnis:

Kein Staat kann seine eigenen Vorstellungen der gesamten Welt aufzwingen. Als Liberaler respektiere ich die Souveränität und Selbstbestimmung anderer Staaten. Ich muss ein politisches oder gesellschaftliches System nicht gutheißen, um anzuerkennen, dass seine Veränderung grundsätzlich Aufgabe der Menschen vor Ort ist.

Deshalb sollte Diplomatie immer der erste Weg internationaler Politik sein. Auch mit Staaten, deren Regierungen oder Gesellschaftsordnungen wir ablehnen, muss der Dialog möglich bleiben. Gespräch ist keine Zustimmung. Diplomatie ist keine Schwäche. Sie ist der Versuch, Konflikte zu lösen, bevor sie zu Gewalt werden. Diese Zurückhaltung hat jedoch Grenzen. Menschenrechte und Völkerrecht sind keine bloßen Empfehlungen. Ein Staat darf sich nicht hinter dem Begriff der Souveränität verstecken, wenn er grundlegende Rechte seiner Bürger systematisch verletzt oder das Völkerrecht bricht.
Wo Freiheit und Frieden bedroht werden, darf die internationale Gemeinschaft nicht einfach wegsehen.

Politisches Handeln muss dabei verhältnismäßig, rechtlich legitimiert und auf die Wiederherstellung von Frieden und Freiheit ausgerichtet sein. Deutschland sollte selbstbewusst auftreten, ohne sich zum moralischen Vormund der Welt zu erklären.

VIII. AUSSENPOLITIK, EUROPA & INTERNATIONALE ORDNUNG

Wir sollten unsere Interessen vertreten, unsere Werte kennen und gleichzeitig akzeptieren, dass andere Staaten ihre eigenen Interessen und politischen Traditionen haben.
Europa als liberales Friedensprojekt
Ich bin überzeugt, dass Deutschland seine Zukunft in einem starken und geeinten Europa hat.

Die Europäische Union ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Sie ist ein historisches Friedensprojekt und eine politische Gemeinschaft, die Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg ermöglicht. Doch auch Europa muss liberal bleiben.

Die Europäische Union darf nicht zu einem zentralistischen Verwaltungsapparat werden, der immer mehr Lebensbereiche reguliert. Entscheidungen sollten möglichst dort getroffen werden, wo sie die Menschen unmittelbar betreffen.
Europa soll gemeinsam stark sein, ohne seine Bürger zu bevormunden. Deutschland kann dabei gleichzeitig seine nationale Identität bewahren und europäische Verantwortung übernehmen. Sicherheit und Verteidigung
Frieden bedeutet nicht, auf die Fähigkeit zur Verteidigung zu verzichten. Eine freie Gesellschaft muss in der Lage sein, ihre Freiheit zu schützen.

VIII. AUSSENPOLITIK, EUROPA & INTERNATIONALE ORDNUNG

Deshalb braucht Deutschland eine leistungsfähige, gut ausgestattete und gesellschaftlich anerkannte Bundeswehr.

Militärische Stärke sollte niemals das erste Mittel internationaler Politik sein. Aber eine Diplomatie, die keinerlei glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit besitzt, bleibt im Ernstfall abhängig vom guten Willen anderer.

Mein Grundsatz

Diplomatie vor Konfrontation.
Souveränität vor Bevormundung.
Menschenrechte vor Gleichgültigkeit.
Europa durch Zusammenarbeit.
Frieden durch Freiheit und Verteidigungsfähigkeit.

IX. BÜRGERNÄHE & POLITISCHE KULTUR

Politik beginnt beim Zuhören.
Politik darf nicht nur aus Parlamenten, Parteizentralen und Talkshows heraus stattfinden.

Sie muss dort stattfinden, wo Menschen leben: auf der Straße, am Arbeitsplatz, an Schulen und Universitäten, in Vereinen, Betrieben und Nachbarschaften. Politik beginnt mit Zuhören. Ich will Politik nicht für Menschen machen, ohne mit ihnen zu sprechen. Wer politische Verantwortung übernehmen möchte, muss bereit sein, sich den Problemen des Alltags zu stellen – auch dort, wo es keine einfachen Antworten gibt.

Politisches Engagement beginnt deshalb nicht erst mit einem Mandat. Jeder Bürger kann Verantwortung übernehmen, Missstände ansprechen, Menschen zusammenbringen und Lösungen anstoßen. Ein Mandat ist eine Möglichkeit, mehr Verantwortung zu tragen. Es ist aber keine Voraussetzung dafür, politisch etwas zu bewegen.

Politiker sollten nicht erwarten, dass Bürger ihnen folgen. Sie sollten erklären, warum sie eine bestimmte Entscheidung treffen, zuhören, wenn Menschen widersprechen, und bereit sein, die eigene Position zu überdenken.

IX. BÜRGERNÄHE & POLITISCHE KULTUR

Politik braucht Haltung –
aber Haltung braucht die Bereitschaft zum Dialog.

Politische Gegner sind keine Feinde.
Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen. Wer anderer Meinung ist, ist deshalb noch lange kein schlechter Mensch.
Wir müssen wieder lernen, leidenschaftlich zu diskutieren, ohne einander die demokratische Legitimation abzusprechen.
Politische Versprechen sollten nicht danach bewertet werden, wie gut sie klingen, sondern danach, ob sie finanzierbar, rechtlich umsetzbar und gesellschaftlich sinnvoll sind.
Ich möchte keine Politik betreiben,
die den Bürgern ständig erzählt, was sie hören wollen.
Ich möchte ihnen sagen, was ich für richtig halte –
und ihnen erklären, warum.

Mein Grundsatz

Nicht nur über Menschen reden.
Mit Menschen reden.
Nicht nur Probleme benennen.
Lösungen suchen.
Nicht auf ein Mandat warten.
Verantwortung übernehmen.

X. KULTUR, IDENTITÄT & GESELLSCHAFT

**Eine freie Gesellschaft braucht eine eigene Identität.
Kultur ist mehr als Kunst, Museen und Theater.**

Kultur ist das, was Menschen über Generationen hinweg miteinander verbindet: Sprache, Musik, Literatur, Bräuche, Geschichte, Architektur, Denkmäler und gemeinsame Erinnerungen.

**Eine liberale Gesellschaft muss sich dafür nicht schämen.
Offenheit gegenüber der Welt bedeutet nicht, die eigene kulturelle Identität aufgeben zu müssen.
Im Gegenteil:**

**Wer weiß, woher er kommt, kann anderen Kulturen selbstbewusst und ohne Angst begegnen.
Weltoffenheit und Heimatliebe sind keine Gegensätze.
Kultur darf dabei nicht staatlich verordnet werden.
Der Staat sollte Kultur ermöglichen, Räume schaffen und kulturelles Erbe bewahren – aber nicht bestimmen,
was die Gesellschaft zu denken oder zu fühlen hat.
Künstlerische und kulturelle Freiheit gehören deshalb untrennbar zum Liberalismus.**

X. KULTUR, IDENTITÄT & GESELLSCHAFT

**Kunst darf provozieren, irritieren,
widersprechen und unbequem sein.**

**Gleichzeitig darf Kultur auch Tradition bedeuten.
Nicht jede Tradition muss bewahrt werden,
aber nicht alles Alte ist automatisch überholt.
Eine erwachsene Gesellschaft kann stolz auf Errungenschaften sein und gleichzeitig Schuld, Fehler und Verbrechen ihrer Geschichte anerkennen.**

**Gerade daraus entsteht Verantwortung.
Ich möchte weder eine Gesellschaft, die an der Vergangenheit festhält, noch eine Gesellschaft,
die ihre Vergangenheit als Belastung betrachtet.
Wir sollten unsere Geschichte kennen, unsere Gegenwart gestalten und unsere Zukunft selbstbewusst annehmen.**

Mein Grundsatz

**Identität braucht Freiheit.
Kultur braucht Vielfalt.
Eine offene Gesellschaft braucht den Mut, zu wissen, wer sie ist.**

XI. SICHERHEIT, BUNDESWEHR & WEHRHAFTE FREIHEIT

Freiheit muss verteidigungsfähig sein.
Freiheit ist eines der höchsten politischen Güter.

Aber Freiheit existiert nicht allein dadurch, dass wir sie in Gesetze schreiben. Sie muss geschützt und im Ernstfall auch verteidigt werden.
Ein Staat, der seine Bürger in Freiheit leben lassen will, trägt deshalb Verantwortung für ihre Sicherheit.

Innere und äußere Sicherheit sind keine Gegensätze zur Freiheit. Sie schaffen den Raum, in dem Freiheit überhaupt gelebt werden kann. Ein freier Staat darf kein wehrloser Staat sein. Ich bekenne mich deshalb klar zur Bundeswehr und zu ihrer Aufgabe, Deutschland, seine Bürger und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zu schützen.

Soldatinnen und Soldaten übernehmen eine besondere Verantwortung. Sie sind bereit, für unser Land und unsere Freiheit persönliche Risiken einzugehen.

Diese Leistung verdient gesellschaftliche Anerkennung, gute Ausbildung, moderne Ausstattung und politische Verlässlichkeit. Wer von unseren Soldaten verlangt, unser Land zu verteidigen, muss ihnen auch die Mittel geben, die sie dafür benötigen.

XI. SICHERHEIT, BUNDESWEHR & WEHRHAFTE FREIHEIT

**Eine starke Bundeswehr bedeutet dabei keinen Militarismus.
Militärische Gewalt darf niemals Selbstzweck sein.
Sie muss dem politischen und rechtlichen Rahmen unterliegen und das letzte Mittel bleiben, wenn Frieden und Freiheit anders nicht geschützt werden können.**

Gleichzeitig dürfen wir Sicherheit nicht gegen Freiheit ausspielen. Ein Staat, der seine Bürger aus Angst vor möglichen Gefahren dauerhaft überwacht, kontrolliert oder bevormundet, riskiert genau das zu zerstören, was er eigentlich schützen soll. Deshalb gilt auch in der Sicherheitspolitik der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

**Der Staat muss entschlossen gegen Terrorismus, Gewalt, organisierte Kriminalität und
extremistische Bestrebungen vorgehen.
Aber er muss dabei an Recht und Gesetz gebunden bleiben.
Sicherheit darf kein Freibrief für staatliche Willkür sein.
Wehrhaftigkeit beginnt außerdem nicht erst beim Militär.
Eine Demokratie ist auch dann wehrhaft, wenn ihre Bürger bereit sind, Verantwortung für sie zu übernehmen.**

Mein Grundsatz

**Freiheit braucht Sicherheit.
Sicherheit braucht einen starken Rechtsstaat.
Freiheit muss im Ernstfall verteidigungsfähig sein.**

XII. DIGITALISIERUNG, TECHNOLOGIE & FORTSCHRITT

Fortschritt braucht Freiheit.

**Fortschritt entsteht dort, wo Menschen die Freiheit haben,
Neues zu denken, Neues zu entwickeln und
Bestehendes infrage zu stellen.
Ich glaube an technischen und wissenschaftlichen Fortschritt.
Digitalisierung, künstliche Intelligenz und neue Technologien
bieten enorme Möglichkeiten, unser Leben einfacher,
sicherer und freier zu machen.**

**Der Staat sollte diese Entwicklung nicht grundsätzlich bremsen,
nur weil Neues mit Risiken verbunden ist.
Innovation braucht Raum zum Experimentieren.
Regulierung ist dort notwendig, wo konkrete Gefahren für
Menschen, ihre Rechte oder die Gesellschaft entstehen.
Sie darf jedoch nicht zum Reflex werden,
der jede neue Technologie zunächst als Problem betrachtet.**

**Ich möchte einen Staat, der Innovation ermöglicht,
statt sie durch übermäßige Bürokratie zu verhindern.
Dazu gehört eine moderne digitale Infrastruktur.
Schnelles Internet, digitale Behörden und funktionierende
öffentliche Systeme dürfen im 21. Jahrhundert kein Luxus sein.
Gleichzeitig darf technischer Fortschritt nicht auf Kosten
persönlicher Freiheit gehen.**

XII. DIGITALISIERUNG, TECHNOLOGIE & FORTSCHRITT

Datenschutz bedeutet nicht, jede Datennutzung grundsätzlich zu verhindern. Er bedeutet, dass der Einzelne Kontrolle darüber behalten muss, welche persönlichen Informationen über ihn gesammelt, verarbeitet und weitergegeben werden.

Auch künstliche Intelligenz sollten wir weder blind feiern noch aus Angst ablehnen. Entscheidend ist,
dass Menschen die Kontrolle über Technologien behalten und gleichzeitig den Mut haben, ihre Möglichkeiten zu nutzen.
Technologie soll dem Menschen dienen –
nicht der Mensch der Technologie.
Eine freie Gesellschaft braucht außerdem digitale Mündigkeit.
Bürger müssen lernen, Informationen kritisch zu bewerten, Quellen zu prüfen und zwischen Fakten, Meinung und Manipulation zu unterscheiden.

Mein Grundsatz

Innovation statt Stillstand.
Vertrauen statt Bevormundung.
Fortschritt mit Verantwortung.

XIII. UMWELT, KLIMA & GENERATIONEN-GERECHTIGKEIT

Verantwortung für morgen.

Eine freie Gesellschaft lebt nicht nur für den heutigen Tag. Wer Freiheit ernst nimmt, trägt auch Verantwortung dafür, welche Welt wir kommenden Generationen hinterlassen. Umwelt- und Klimaschutz sind deshalb keine Gegensätze zum Liberalismus. Wer Eigentum, Lebensqualität und die Freiheit zukünftiger Generationen schützen möchte, muss verantwortungsvoll mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen umgehen.

Ich lehne jedoch eine Politik ab, die Umweltschutz vor allem über Verbote, Bevormundung und immer neue Vorschriften erreichen möchte. Klimaschutz braucht Innovation, nicht Ideologie. Technologischer Fortschritt kann ein entscheidender Schlüssel sein.

Erneuerbare Energien, Speichertechnologien, Forschung, effizientere Produktionsverfahren, neue Verkehrskonzepte und weitere Innovationen können dazu beitragen, Emissionen zu reduzieren, ohne Wohlstand und Freiheit unnötig einzuschränken.

XIII. UMWELT, KLIMA & GENERATIONEN-GERECHTIGKEIT

Der Staat sollte Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer Unternehmen und Bürger Lösungen entwickeln können.
Wettbewerb und Innovation können häufig bessere Ergebnisse hervorbringen als staatliche Detailplanung.
Ich möchte keine Politik, die den Menschen ständig vorschreibt, wie sie zu leben haben, um das Klima zu retten.
Ich möchte eine Politik, die es attraktiver macht, nachhaltig zu handeln. Klimapolitik darf soziale und wirtschaftliche Realitäten nicht ignorieren. Eine Maßnahme, die sich nur diejenigen leisten können, die über ausreichend Geld verfügen, ist keine gerechte Umweltpolitik. Unternehmen dürfen ebenfalls nicht pauschal als Gegner des Klimaschutzes betrachtet werden.
Sie können Teil der Lösung sein.
Generationengerechtigkeit bedeutet außerdem mehr als Klimaschutz. Sie bedeutet, kommenden Generationen eine intakte Umwelt, solide öffentliche Finanzen, funktionierende Infrastruktur und gesellschaftliche Freiheit zu hinterlassen.

Wir dürfen die Zukunft nicht auf Pump verbrauchen.

Mein Grundsatz

Umwelt schützen, ohne Freiheit zu opfern.
Innovation fördern, statt Fortschritt zu verbieten.
Heute verantwortlich handeln, damit morgen Freiheit bleibt.

XIV. STAATSFINANZEN & STEUERN

Der Staat verwaltet das Geld der Bürger.

**Steuern sind notwendig,
damit ein Staat seine Aufgaben erfüllen kann.**

**Sie sind aber kein Selbstzweck und auch kein Geld des Staates.
Es ist das Geld der Bürger.
Deshalb muss der Staat mit jedem Euro verantwortungsvoll umgehen. Öffentliche Ausgaben müssen einen nachvollziehbaren Zweck erfüllen, transparent sein und regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie tatsächlich notwendig und wirksam sind.**

**Ich lehne eine Politik ab, die immer neue Ausgaben verspricht, ohne zu erklären, wer sie dauerhaft finanzieren soll.
Auch kommende Generationen haben ein Recht auf politische und wirtschaftliche Freiheit.**

**Ein Staat darf deshalb nicht dauerhaft Schulden anhäufen, um heutigen politischen Konsum zu finanzieren.
Schulden können in bestimmten Situationen notwendig sein. Dauerhafte Verantwortungslosigkeit darf daraus aber nicht werden. Auch beim Steuersystem gilt der Grundsatz der Eigenverantwortung.**

XIV. STAATSFINANZEN & STEUERN

Wer arbeitet, investiert, ein Unternehmen gründet oder Vermögen aufbaut, darf nicht das Gefühl bekommen, dass zusätzlicher Erfolg automatisch mit immer höheren staatlichen Belastungen beantwortet wird.

Ein gerechtes Steuersystem sollte verständlich, verlässlich und möglichst einfach sein.
Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, statt immer neue Aufgaben zu übernehmen, die auch Bürger, Unternehmen oder private Organisationen leisten können.
Dabei geht es nicht um einen Staat, der sich aus seiner Verantwortung zurückzieht.

Es geht um einen Staat, der Prioritäten setzt.
Ein Staat muss nicht alles finanzieren, was politisch wünschenswert ist. Er muss zuerst das finanzieren können, was notwendig ist.

Mein Grundsatz

Das Geld des Staates ist das Geld der Bürger.
Steuern müssen begründet sein.
Ausgaben müssen verantwortbar sein.
Schulden dürfen nicht zur Rechnung zukünftiger Generationen werden.

AGENDA FÜR FREIHEIT

12 konkrete politische Prioritäten

1. Mehr Freiheit, weniger Bevormundung

Staatliche Eingriffe in das Leben der Bürger müssen begründet, notwendig und verhältnismäßig sein.

2. Bürokratie radikal abbauen

Verwaltung muss dem Bürger dienen und darf nicht zum Hindernis für Alltag, Arbeit und Unternehmertum werden.

3. Leistung muss sich lohnen

Arbeit, Eigeninitiative, Unternehmertum und persönliches Risiko müssen sich wirtschaftlich und gesellschaftlich lohnen.

4. Sozialstaat als Sicherheitsnetz

Der Staat hilft, wenn Hilfe notwendig ist. Sein Ziel sollte aber möglichst immer sein, Menschen wieder in Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu bringen.

5. Bildung als Aufstiegschance

Herkunft darf nicht über die Zukunft eines Menschen entscheiden. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, seine Fähigkeiten zu entwickeln.

AGENDA FÜR FREIHEIT

6. Freiheit der Wissenschaft

Wissenschaft, Forschung und Lehre brauchen Unabhängigkeit, offene Debatten und die Freiheit, auch unbequeme Erkenntnisse auszusprechen.

7. Liberaler Patriotismus

Deutschland darf seine Heimat, Geschichte und Kultur selbstbewusst schätzen, ohne andere Länder, Kulturen oder Menschen abzuwerten.

8. Wehrhafte Demokratie

Die freiheitliche demokratische Ordnung muss sich gegen Gewalt, Extremismus und ihre Abschaffung verteidigen können – rechtsstaatlich und verhältnismäßig.

9. Eine starke Bundeswehr

Deutschland braucht eine moderne, leistungsfähige und gut ausgestattete Bundeswehr sowie gesellschaftliche Anerkennung für diejenigen, die unserem Land dienen.

AGENDA FÜR FREIHEIT

10. Diplomatie vor Konfrontation

Konflikte sollen möglichst durch Dialog und Diplomatie gelöst werden. Gleichzeitig müssen Menschenrechte, Völkerrecht und die Sicherheit Deutschlands und seiner Partner geschützt werden.

11. Innovation statt Verbote

Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Klimaschutz und technischer Fortschritt sollen durch Forschung, Wettbewerb und unternehmerische Freiheit vorangebracht werden.

12. Solide Staatsfinanzen

Der Staat muss verantwortungsvoll mit dem Geld seiner Bürger umgehen, seine Kernaufgaben finanzieren und darf kommende Generationen nicht mit unnötigen Schulden belasten.

DAS LEITBILD

**Ich will einen Staat, der stark genug ist,
seine Bürger zu schützen, aber freiheitlich genug,
ihnen zu vertrauen.**

**Eine Gesellschaft, die ihre Heimat liebt,
ohne andere abzuwerten.**

Eine Wirtschaft, die Leistung ermöglicht und belohnt.

Einen Sozialstaat, der Menschen auffängt, ohne ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben abzunehmen.

Eine Demokratie, die Streit aushält und ihre Freiheit verteidigt.

Eine Außenpolitik, die Diplomatie sucht, ohne naiv zu sein.

Eine Bundeswehr, die ihre Aufgaben erfüllen kann und die Anerkennung erhält, die ihre Soldatinnen und Soldaten verdienen.

Eine Wissenschaft, die frei denken darf.

**Eine Kultur, die ihre Wurzeln kennt und trotzdem offen für Neues bleibt. Eine Umweltpolitik, die Verantwortung übernimmt,
ohne Freiheit und Wohlstand gegeneinander auszuspielen.**

DAS LEITBILD

Und Bürger, die nicht darauf warten, dass Politik ihr Leben gestaltet, sondern selbst Verantwortung übernehmen.

**Denn Liberalismus bedeutet für mich nicht, dass der Staat keine Verantwortung trägt. Liberalismus bedeutet,
dass auch der Bürger Verantwortung trägt.**

**Freiheit ist kein Freifahrtschein.
Sie ist eine Aufgabe.**

Und Patriotismus bedeutet für mich nicht, sein Land über andere zu stellen. Patriotismus bedeutet, Verantwortung für das eigene Land zu übernehmen.

Deshalb lautet mein politischer Anspruch:

FREIHEIT.

VERANTWORTUNG.

HEIMAT.

**Für einen liberalen Staat.
Für eine freie Gesellschaft.
Für ein selbstbestimmtes Leben**

Maximilian Diethelm Krüger